

Sehr geehrte Frau Ministerin,

die Zwangsmaßnahmen der chinesischen Regierung gegen die uigurische Bevölkerung in Xinjiang/Ostturkestan im Nordwesten des Landes sind erschütternd und werden bereits als Völkermord bezeichnet. Denn Familientrennungen, Zwangssterilisierungen, Lagerhaft und lange Gefängnisstrafen haben die Geburtenrate innerhalb dieser Volksgruppe drastisch zurückgehen lassen. Auch die Menschen in Tibet, der südlichen Mongolei und Hongkong werden massiv unterdrückt, das demokratische Taiwan wird bedroht. Die internationale Gemeinschaft nimmt diese schweren Menschenrechtsverletzungen bisher meist stillschweigend hin.

Doch wir dürfen die Opfer nicht im Stich lassen! Deshalb appelliere ich eindringlich an Sie: Verteidigen Sie die Menschenrechte der Uigurinnen und Uiguren! Bitte setzen Sie sich beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) im Februar und März dafür ein, dass endlich ein UN-Sonderberichterstatter oder eine UN-Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtsslage in China eingesetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen _____

Datum, Unterschrift



Uigurinnen und Uiguren nicht im Stich lassen!

Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Bitte auf der Vorderseite Unterschrift nicht vergessen!

Illustration: Rebekka Bärthele

Diese Aktion wurde von der **Gesellschaft für bedrohte Völker** e.V. (GfbV) initiiert. Postfach 2024, D-37010 Göttingen, Tel.: 0551 499 06-0, Fax: 0551 58028, E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de. Die GfbV ist eine unabhängige Menschenrechtsorganisation mit Sektionen und Repräsentant*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA. Die GfbV hat beratenden Status bei den UN und mitwirkenden Status beim Europarat.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Bitte mit
0,70 Euro
freimachen

An
Bundesaußenministerin
Annalena Baerbock

Auswärtiges Amt
11013 Berlin